



Antrag 1/2004

Zur 141. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 12. November 2004

ANGLEICHUNG DES PENSIONSRECHTS FÜR MIGRANTINNEN

Die AK-Wien vertritt die Forderung der MigrantInnen aus Asien, Afrika und Lateinamerika nach Anerkennung bzw. Anrechnung der in ihren oder anderen Ländern erworbenen Arbeitszeiten für ihre Pension in Österreich.

1. Die in den Heimat- oder anderen Ländern erworbenen Pensionsansprüche der MigrantInnen sollen für die österreichische Pension angerechnet werden, da die meisten MigrantInnen ihr Arbeitsleben nicht in Österreich begonnen haben. Durch die bisherige Regelung durch die bilateralen Abkommen verlieren die MigrantInnen aus den Ländern ohne solche Abkommen ihre vor ihrem Leben in Österreich erworbenen Pensionsansprüche.

2. Die in Österreich erworbenen Pensionsansprüche, die nicht für den Anspruch auf eine österreichische Pension ausreichen, sollten bei Rückkehr der MigrantInnen in ihre Heimatländer transferiert bzw. in Österreich ausgezahlt werden, weil die in Österreich erbrachten Leistungen ihnen ansonsten ersatzlos verloren gehen.



Antrag 2/2004

Zur 141. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 12. November 2004

DRINGENDER ANTRAG ZUR GESCHÄFTSORDNUNG

Die Anträge zur November-Vollversammlung wurden am 28. Oktober 2004 gemailt. Am 2. November fand die Vorbesprechung der Fraktionsvorsitzenden statt.

Wir stellen den Antrag, dass zwischen der Aussendung und der Vorbesprechung eine Frist von mindestens 6 Arbeitstage gewährt wird, um eine innerfraktionelle Diskussion über die vorliegenden Anträge zu ermöglichen.



Zuweisung der Anträge zur 141. Vollversammlung

Fraktion	Nr	Thema	Beschluß	Zuweisung
FSG	DR1	Gegen die Schließung von Postämtern	Annahme	Verkehr
	DR2	Sicherung der kollektivvertraglichen Rechte – Maßnahmen gegen Kollektivvertragsflucht	Annahme	Sozialpolitik
	DR3	Hände weg von der Kammerumlage – die ArbeitnehmerInnen brauchen eine starke AK	Annahme	Vorstand
	1	Verbesserung der Bildungsqualität im Wiener Schulwesen	Annahme	Bildung
	2	Verstärkte Studien- und Berufswahlorientierung	Annahme	Bildung
	3	Weiterbildung darf nicht bestraft werden	Annahme	Bildung
	4	Handeln statt ankündigen: Arbeitsbedingungen für LKW- und Buslenker endlich verbessern	Annahme	Verkehr
	5	Für eine koordinierte und sozial ausgewogene Energiepolitik	Annahme	Umwelt/Energie
	6	Totalprivatisierungspläne der Regierung gefährden tausende Arbeitsplätze in Wien	Annahme	Wirtschaftspolitik
	7	Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Forderung nach einem alternativen fiskalpolitischen Regime in der WWU	Annahme	EU/Internationales
	8	Valorisierung des Pflegegeldes	Annahme	Sozialversicherung
	9	Ausbildungsplätze in besonderen selbständigen Ausbildungseinrichtungen	Annahme	Jugendschutz
	10	Gesamtpaket zur wirksamen und nachhaltigen Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Sozialbetrug	Annahme	Sozialpolitik
	11	Unfaire Klauseln in Arbeitsverträgen müssen verboten werden	Annahme	Sozialpolitik
	12	Gegen eine Arbeitszeitpolitik auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen	Annahme	Sozialpolitik
	13	Diskriminierung in der Arbeitswelt vorbeugen und ahnden – Gleichbehandlungs-kommission soll endlich Arbeit aufnehmen	Annahme	Sozialpolitik/Frau-Familie
	14	Lastenausgleich für Wien	Annahme	Jugendschutz
	15	Gesundheitsagenturen	Annahme	Sozialversicherung
	16	Hauptverbandsreform	Annahme	Sozialversicherung
	17	Pensionsharmonisierung	Annahme	Sozialversicherung
	18	Verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder	Annahme	Jugendschutz
	19	Gesundheitsreform	Annahme	Sozialversicherung

ÖAAB	1	Lehre – Karriere - Zukunft	Annahme	Jugendschutz
	2	Schwarzunternehmertum ist Sozialbetrug und gehört strafrechtlich verfolgt	Annahme	Sozialpolitik
	3	Keine Arbeitszeitverlängerung	Annahme	Sozialpolitik
	4	Besteuerung von elektrischer Energie	Annahme	Umwelt/Energie
	7	Hauptverbandsreform	Annahme	Sozialversicherung
	9	Keine Integration ohne Kommunikation - Sprache ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration	Zuweisung	Bildung
AUGE	DR	Stopp den Angriffen auf die gesetzliche Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen und der StudentInnen	Annahme	Vorstand
	R1	Nein zur Erhöhung der Rezeptgebühren! Nein zur Erhöhung der Tagsätze in den Spitälern! Ja zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems!	Zuweisung	Sozialversicherung
	R2	EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Bolkestein-Richtlinie)	Zuweisung	EUInternationales/ Sozialpolitik
	1	Arbeitszeitverkürzung jetzt!	Zuweisung	Sozialpolitik
	2	Absicherung der Beschäftigten im Sozialbereich und Garantie guter öffentlicher Sozialleistungen		Sozialpolitik
	3	Berücksichtigung von sozialen und umweltpolitischen Belangen bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand	Annahme	Wirtschaftspolitik
	4	Ökostrom	Zuweisung	Umwelt/Energie
	5	Bessere Anbindung im öffentlichen Verkehr	Annahme	Verkehr
	FA	1 Änderung des AK-Wahlrechts	Zuweisung	Vorstand
	2	Verbesserung der Abfertigung	Zuweisung	Sozialpolitik
	3	Sekundenweise Erfassung von Gesprächsgebühren	Annahme	Konsumentenschutz
	4	Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes	Annahme	Finanzpolitik
			Annahme	
	1	Die AK Wien spricht sich für eine staatliche Verfahrenshilfe bei Schadenersatz-verfahren durch Schäden mit genmanipulierten Produkten aus	Annahme	Konsumentenschutz
	2	Die AK Wien fordert eine Umkehrung der Beweislast bei Schadenersatzprozessen wegen genmanipulierter Organismen	Annahme	Konsumentenschutz
GA	3	Die AK Wien fordert eine bessere Deklaration und separate Lagerung für Produkte mit genmanipulierten Inhaltsstoffen	Zuweisung	Konsumentenschutz/ Wirtschaftspolitik
	4	Die AK spricht sich für ein europaweites Pfandsystem für Lebensmittel und Getränkegebinde aus	Zuweisung	Umwelt
	7	Die AK Wien spricht sich für eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 35-Stunden-Woche aus	Zuweisung	Sozialpolitik
	8	Die AK Wien fordert eine Entschädigung bei vorgeschriebenem Urlaubsantritt	Zuweisung	Sozialpolitik

BM	DR	Erleichterung der Dienstfreistellung für islamisches Feiertagsgebet	Annahme	Sozialpolitik/Arbeitsmarkt
	1	Erleichterung und faire Bildungschancen für alle	Annahme	Bildung
	3	Erleichterung und Förderung der Telearbeit	Annahme	Sozialpolitik
BDFA	1	Angleichung des Pensionrechtes für MigrantInnen	Annahme	Sozialversicherung/ Arbeitsmarkt
GLB	1	Sicherung der Gleichbehandlung aller ArbeitnehmerInnen in Österreich	Zuweisung	Sozialpolitik/Frau-Familie
	2	Qualität der staatlichen Schulbildung soll erhöht werden	Zuweisung	Bildung
	3	Weitere Liberalisierungsschritte bei der Arbeitszeit verhindern	Annahme	Sozialpolitik